

schen Revolution zur Einschreibungsfläche für sämtliche Befreiungskämpfe wurde, dabei aber seine ursprüngliche, spezifische Bedeutung verlor (Laclau 2002: 76f.). Der leere Signifikant bestimme letztlich die Gemeinsamkeit über die Abgrenzung zum Außen (Glasze 2008: 193). Dass ein zunächst partikularer Signifikant das Universelle repräsentieren könne, sei das Ergebnis eines hegemonialen Prozesses: „eine bestimmte Partikularität transformiert ihren eigenen Körper in die Repräsentation einer inkommensurablen Totalität“ (Laclau 2007: 30). Damit wird die „Präsenz leerer Signifikanten“ sogar als „die eigentliche Bedingung für Hegemonie“ betrachtet (Laclau 2002: 74). Welche Signifikanten, zu welcher Zeit und an welchem Ort mit welcher Bedeutung gefüllt werden, um als leere Signifikanten zu dienen, werde von hegemonialen Verhältnissen bestimmt (Glasze 2008: 193), „verschiedene politische Kräfte“ konkurrieren darum ihre partikularen Ziele als universelle Erfüller eines Mangels zu repräsentieren (Laclau 2002: 76). „Hegemonisieren bedeutet genau diese Füllfunktion zu übernehmen“ (ebenda).

2.5 GESELLSCHAFTS-, HEGEMONIE- UND POLITISCHE THEORIE NACH LACLAU/MOUFFE

Gesellschaft und Subjekt

Aus diesem Identitätsverständnis folgen zentrale Annahmen für das Subjekt und die Gesellschaft. Laclau/Mouffe wenden sich von klassischen akteurs- bzw. gesellschaftszentrierten Ansätzen ab.

Während der Begriff der*s Akteur*in die aktive, also durch (selbstbestimmtes) Handeln geprägte, Dimension des Subjekts in den Vordergrund stelle, beinhalte ein diskurstheoretischer Subjektbegriff neben dem Subjekt, das artikuliert, auch das Subjekt, das artikuliert wird (Bedall 2014: 51; Nonhoff 2006: 172).¹⁸ Die Subjektkategorie wird als genauso unvollständig und offen wie jede diskursive Identität bewertet. Ein „sinnstiftendes Subjekt“, das in der Lage wäre Identität zu stiften bzw. zu schließen, gebe es nicht, da dieses Subjekt genauso durchdrungen von Unsicherheit wäre wie die diskursive Totalität insgesamt. Die Subjektpositionen seien aber nicht bloß im Diskurs verstreut, sie lassen sich auch nicht eindeutig abgrenzen, da sie selbst diskursiv konstruiert und überdeterminiert seien. Verschiedene Subjekte können sich mit gleichen oder ähnlichen Subjektpositionen identifizieren, bzw. von einem Diskurs ‚angerufen‘ werden. Dadurch scheine am Horizont eine (unmögliche) Totalität auf, die hegemoniale Artikulation ermögliche (Laclau/Mouffe 2015: 157).

Der Subjektbegriff hat sich bei Laclau im Laufe der Zeit gewandelt – von einer eher strukturalen Position hin zu einer psychoanalytischen Sicht im Anschluss an Lacan: Da sich Identität nicht schließen lasse, sie nur durch den Bezug auf ein konstitutives Außen bestehe, also nicht auf einen essentialistischen Wesenskern zurückgeführt werden könne, sei „das Subjekt ein Mangel an Sein, es trachtet auch danach, diesen Mangel zu beheben, indem es sich mit Positionen in der symbolischen Ord-

18 Der Begriff Akteur*in wird in der vorliegenden Arbeit dennoch verwendet, wird aber in diesem diskurstheoretischem Sinne verstanden. D.h. Akteur*innen stehen nicht außerhalb der diskursiven Struktur, sondern sind Teil von ihr.

nung identifiziert, um zu einer Schließung seiner Identität zu gelangen“ (Distelhorst 2007: 87). Aus dem Begehren heraus, diesen Mangel an Sein zu schließen, binde sich das Subjekt an leere Signifikanten, die „die Fülle der Gemeinschaft“ versprechen. Doch genau an diesem Punkt scheitere das Subjekt: Zwar finde es eine „relativ stabile Repräsentation“ (ebenda), doch der leere Signifikant sei nicht in der Lage, seiner Singularität gerecht zu werden. So befinde sich das Subjekt in einem steten Teufelskreis, denn weder könne der Mangel an Sein je behoben, noch sein Begehren nach Vollständigkeit erfüllt werden, weshalb es stets seine zum Scheitern verurteilten Identifikationsprozesse von Neuem aufnehme (ebenda).

Das Subjekt wird also als nicht fest angesehen, weshalb es in der Diskursanalyse als sinnvoll erachtet wird, von Subjektpositionen und nicht von Subjekten zu sprechen, da alle Erfahrungen, die Subjekte machen, wiederum von den „diskursiven Bedingungen ihrer Möglichkeit“ (Laclau/Mouffe 2015: 150) abhängen. Subjekte seien nicht „der Ursprung sozialer Verhältnisse“, da sie selbst von diskursiven Strukturen abhängen (Laclau/Mouffe 2015: 150).

In diesem Zusammenhang wird an Laclau/Mouffes Theorie verschiedentlich kritisiert, dass sie politisches Handeln für den Feminismus verunmögliche, da ‚die Frau‘ als handelndes Subjekt verloren gehe (für eine umfassende Auseinandersetzung mit dieser Kritik vgl. Butler/Scott 1992). Eine Frauenbewegung erfordere Kohärenz von Identität mit definierbaren homogenen Interessen und nicht Kontingenz, wie bei Laclau/Mouffe, die feministischer Politik den Boden entziehe (Mouffe 1992: 381). Chantal Mouffe entgegnet dieser Kritik, dass ihre Sicht auf Identität emanzipatorisches Potenzial für die feministische Bewegung biete, da sie erst zum Verständnis ihres Kampfes beitrage. Denn erst, wenn sich die Kategorie ‚Frau‘ nicht mehr auf eine homogene Wesenheit beziehe, gehe es nicht mehr darum ‚eine Natur der Frau‘ im Gegensatz zum Mann herauszudestillieren, sondern darum zu analysieren, wie die Kategorie ‚Frau‘, wie Geschlechterdifferenz, kulturell verschieden diskursiv konstruiert wird, wie dadurch Unterordnungsverhältnisse geschaffen werden, welche Rolle Machtverhältnisse spielen (Mouffe 2001: 18f.). Dadurch werden die historischen Bedingungen sichtbar, unter denen ‚Frau‘ als Kategorie konstruiert werde. Individuen seien weder rational handelnd, noch sich selbst transparent, sie seien in ihren Positionen nicht homogen, in ihren Beziehungen vielschichtig. Ein Individuum könne sowohl herrschend und in einer anderen Beziehung Herrschaft unterworfen sein. Werde die Vorstellung einer homogenen Wesenheit ‚Frau‘ im Gegensatz zu einer homogenen Wesenheit ‚Mann‘ aufgegeben, werde „[d]as ganze falsche Dilemma ‚Gleichheit gegen Differenz‘ [...] auseinander gesprengt“, rücke die „Vielfalt gesellschaftlicher Beziehungen“ in den Blick, in denen Geschlechterdifferenz auf unterschiedliche Weise konstruiert werde und Unterdrückungsverhältnisse auf unterschiedliche Weisen bekämpft werden müssen (ebenda). „Unterordnung“ sei kein einfacher Mechanismus oder „Ausdruck eines unveränderlichen weiblichen Wesens“ (Laclau/Mouffe 2015: 153), sondern werde durch die verschiedenen gesellschaftlichen Praxen, die weibliches Geschlecht (sex) mit gesellschaftlicher Frauenrolle (gender) verbinden, hergestellt (Laclau/Mouffe 2015: 153; Mouffe 1992). Wo sex aufhört, gender anfängt und umgekehrt sei daher immer auch diskursiv bestimmt.

Obwohl Subjekte von diskursiven Strukturen abhängen, bedeute das nicht, dass sie handlungsohnmächtig seien; es komme ihnen dennoch eine politische Rolle zu. Sie seien lediglich nicht dazu in der Lage, die diskursiven Strukturen vollständig zu

verlassen und von ihnen unabhängig zu agieren. Das heiße nicht, dass Kategorien, wie ‚Klasse‘ oder ‚Frauen‘, etc. verworfen werden müssen. Vielmehr heiße das, dass die Erkenntnis, dass ihre Einheit nicht auf einer zugänglichen gemeinsamen Wesenheit basiere, sondern durch partielle Fixierung entstehe, also nicht a priori vorhanden sei, emanzipatorisches Potenzial habe, da sie zum Verständnis verschiedenster Macht- und Unterordnungsverhltnissen beitrage und Ausschlüsse sichtbar mache (Mouffe 1992: 373f.; 382). Aus dieser Sicht seien vielfältige Formen von Einheit und gemeinsamen Handeln vorstellbar, auch im Rahmen eines feministischen Kampfes (ebenda: 382). Soziale Beziehungen werden politisiert, durch „erlebte Identität“ entstehen prekäre Bündnisse „im Kampf um politische Artikulation“ (Whl 2007: 141). Die Kritik an Essentialismen sei daher nicht „an obstacle to the formulation of a feminist democratic project [but] is indeed the very condition of its possibility“ (Mouffe 1992: 382). Laut Chantal Mouffe bestehe ein häufiges Missverständnis der anti-essentialistischen Position darin, dass die Kritik essentialistischer Identität automatisch zur Ablehnung von Identität im Allgemeinen führe (ebenda: 381).

Aus der Unmöglichkeit der Schließung von Identität, der Unvollständigkeit jeder Totalität folge die letztliche Unmöglichkeit von Gesellschaft. „Gesellschaft kann niemals vollständig Gesellschaft sein, weil alles in ihr von ihren Grenzen durchdrungen ist, die verhindern, dass sie sich selbst als objektive Realität konstituiert“ (Laclau/Mouffe 2015: 163). Soziale Praxis könne daher nicht Moment einer Totalität sein, sie sei immer auch artikulatorisch, da sie die letztlich unmögliche Gesellschaft mit konstituiere (ebenda: 148). Gesellschaft sei somit nicht vollständig objektiv vorhanden, sich nicht selbst transparent, sie sei weder vollkommen möglich noch vollkommen unmöglich (ebenda: 166). Im Gegensatz zum Marxismus gibt es bei Laclau/Mouffe kein einfaches Grundprinzip, das die Gesellschaft strukturiert, und keine feststehenden Strukturen – die sozialen Brüche sind vielseitig. Institutionen aber auch ökonomische Strukturen werden nicht als objektiv gegebene Fakten betrachtet, sondern als Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen, „sedimentierte Diskurse“ (Glasze 2008: 194). „Nationen, Ethnien, politische Gruppen, Sprachgemeinschaften“ erscheinen nicht mehr als natürlich vorhanden, sondern als „vorgestellte“ Gemeinschaften (ebenda).

Dislokationen

Gesellschaftliche Strukturen formieren sich nach dieser Auffassung also ständig neu, sie sind instabil, genauso wie die mit ihnen zusammenhängenden Gemeinschaften. Dies verdeutlicht noch einmal die Unmöglichkeit von permanenter und universeller sozialer Wirklichkeit innerhalb dieses Konzeptes; Widersprüche und Heterogenitäten können nur temporär verdeckt werden (Glasze/Mattisek 2009a: 160). Dislokationen können eine determinierende Struktur unterminieren (Laclau 1990 39ff.). Damit gemeint sind Ereignisse, die nicht in der bestehenden Struktur symbolisiert werden können, weil sie aus der von ihr produzierten sozialen Wirklichkeit ausbrechen (Glasze/Mattisek 2009a: 160) (z.B. das Ereignis „Fukushima“ für die Behauptung ‚Atomkraft ist sicher‘). Dislokationen können nicht nur Großereignisse sein, sondern sie seien auch ein permanentes Phänomen, insofern es immer etwas gebe, das nicht in einer bestehenden Struktur symbolisiert werden könne, das widerständig sei (Torfing 1999: 149). „Dislocation is the traumatic event of ‘chaos’ and ‘crisis’ that ensures the incompleteness of the structure; it is precisely this incompleteness, this lack of objec-

tivity, that deprives the structure of its determining capacity“ (ebenda). Eine Dislokation könne also ein kritisches Moment, ein Moment der Politisierung sein, da es die Kontingenz des Diskurses demonstriere. Das Sein werde dabei mit seinem ‚Anderen‘ konfrontiert (Bedall 2014: 57). Je umfassender die strukturelle Dislokation, desto größer seien die Möglichkeiten zur Reartikulation. Das bedeute aber nicht, dass dieser Spielraum unendlich wäre, denn immer noch bestimmen sedimentierte Diskurse die soziale Wirklichkeit und legen darüber auch den Rahmen dessen fest, was sagbar und verfügbar sei, bzw. was überhaupt gehört werde und als glaubwürdig gelte (Glasze/Mattisek 2009a: 160). Eine mögliche Reaktion auf eine Dislokation sei die Herausbildung eines neuen Antagonismus, indem die Ursache eine*r antagonistischen Gegner*in zugeschrieben werde. Damit werde ein neuer „Mythos“ eine neue vermeintliche „Objektivität“ konstituiert (Glasze 2008: 193).

Politik

Der Antagonismus blockiere zwar die vollständige Möglichkeit von Gesellschaft, ermögliche sie aber gleichzeitig in prekärer Weise. Nur durch die Existenz eines Raums des Offenen, des Unabgeschlossenen, des Politischen sei auch ein Raum der „Entscheidung und partiellen Schließung“, der Politik, möglich (Marchart 1998b: 101). Dabei werden politische Positionen nicht als objektiv gegeben betrachtet, sondern als Ergebnis von Grenzziehungsprozessen. Das Politik-Verständnis nach Laclau/Mouffe ist anti-essentialistisch (Glasze/Mattisek 2009a: 154). In diesem Verständnis etabliert sich im Politischen die antagonistische Strukturierung von Gesellschaft, in der Politik wird mit dem Antagonismus aktiv umgegangen, werden politische Kämpfe ausgefochten, wird das Innen in Abgrenzung vom Außen konstituiert¹⁹ (Marchart 1998b: 104). Das Soziale geht aus dem Feld des Politischen und der Politik hervor. Akteur*innen werden dabei nicht als Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen betrachtet, sondern als selbst von politischen Aushandlungsprozessen geprägt. Die Politik formt auch das politische Subjekt. Ebenso erscheinen Identitäten und Machtverhältnisse politisch, da kontingent und veränderbar (Glasze/Mattisek 2009a: 156).

Mit der Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe lässt sich die Geschlechterperspektive sinnvoll in einem breiteren Diskursverständnis politisch entfalten. Chantal Mouffe verfolgt dabei ein feministisches Politikverständnis, das auch Konsequenzen für die Konzeption von Bürger*innenschaft hat. Sie betont, sie argumentiere nicht dafür, Geschlechterdifferenzen total abzuschaffen – Gleichberechtigung erfordere nicht notwendigerweise vollständig gender-neutrale soziale Beziehungen, im Gegenteil führe Gleichbehandlung in manchen Fällen zu Ungleichberechtigung (man denke z.B. an die Gender-Medizin). Aber in Bezug auf Bürger*innenschaft sei Geschlecht keine dienliche Unterscheidung.

19 Politische Entscheidungen können aber widersprüchlich und uneindeutig sein, da sie auf eine Vielzahl von Referenzsystemen und Bedeutungszusammenhängen zurückgreifen. Diese Vielzahl führe zu einer Überdeterminierung, die Brüche und Instabilitäten hervorruft (Glasze/Mattisek 2009a: 156).

„I am a tone with Pateman²⁰ in criticizing the liberal, male conception of modern citizenship but I believe that what a project of radical and plural democracy needs is not a sexually differentiated model of citizenship in which the specific tasks of both men and women would be valued equally, but a truly different conception of what it is to be a citizen and to act as a member of a democratic political community“ (Mouffe 1992: 377).

In diesem Sinne sei feministische Politik keine Politik, die „die Interessen von Frauen als Frauen“ (ebenda: 382 [eigene Übersetzung]) verfolge, sondern die feministische Ziele in einen breiteren Kontext einbette. Es gehe dabei um „die Transformation von allen Diskursen, Praktiken und gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Kategorie ‚Frau‘ in unterordnender Weise konstruiert wird“ (ebenda [eigene Übersetzung]) und nicht um die Gleichberechtigung einer ‚natürlich bestimmten‘, homogenen Gruppe ‚Frauen‘ (ebenda).

Laclau/Mouffe grenzen sich mit ihrem Politikverständnis vom Marxismus ab, der mit der Auflösung von Privateigentum an Produktionsmitteln den Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital abzuschaffen glaubte und von einer dann harmonischen, einheitlichen Gesellschaft ausging, in der letztlich auch das Politische aufgelöst sei (Marchart 1998b: 95). Sie grenzen sich aber insbesondere auch von traditionellen liberalen Politikverständnissen ab, in denen sich selbst transparente rationale Individuen mit im Vorhinein voll entwickelten Identitäten Politik zur Maximierung ihres Eigennutzes betreiben, in denen Politik in einer ökonomischen Perspektive als ein Markt gesehen wird, auf dem es um Verteilung von Ressourcen geht. Aus der diskurstheoretischen Perspektive von Laclau/Mouffe werden die Ausschlüsse (z.B. menschliche Beziehungen, Kultur, Sprache, Emotionen, etc.) eines solchen Politikverständnisses sichtbar (Mouffe 2001: 16f.).

Mit ihrem Politikverständnis bietet die Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe einen Rahmen, um politische Positionen, Wertvorstellungen, Leitbilder und Inhalte konzeptionell zu erfassen und in ihrer Konstituierung zu interpretieren. So können Konflikte zwischen verschiedenen Positionen herausgearbeitet und die Mechanismen der Bildung von Allianzen verdeutlicht werden. Die Theorie bietet ein Politikverständnis, das hilft, die Heterogenität sozialer Wirklichkeiten analytisch einzuhegen (Glasze/Mattisek 2009a: 154). Der Fokus liegt auf der Frage, wie das Politische diskursiv konstituiert wird, wie Politik ‚gemacht‘ wird²¹, weswegen sie zur Analyse politischer Prozesse besonders geeignet erscheint.

Macht

Welche Bedeutung haben nun in einem solchen Politik- und Gesellschaftsverständnis, einem solchen Identitäts- und Subjektverständnis, Machtverhältnisse? Wenn es keine präkonstituierten Identitäten und Subjekte gibt, dann kann Macht keine Beziehung zwischen solchen Subjekten und Identitäten sein. Vielmehr werden in dieser Sichtweise die Identitäten selbst von Machtverhältnissen konstituiert und somit auch

20 Mouffe spielt hier auf Carole Pateman an, die in „The sexual contract“ die patriarchale Grundstruktur moderner Gesellschafts-Vertragstheorien herausarbeitet (Pateman 1988).

21 Der Fokus liegt demnach nicht auf gesellschaftlichen Produktions- oder Eigentumsverhältnissen, etc. sondern auf den diskursiven Prozessen, die diese ermöglichen und herstellen.

das, was als Wirklichkeit wahrgenommen wird. Wenn das „konstitutive Äußere stets im Inneren als seine stets reale Möglichkeit präsent ist“ (Laclau/Mouffe 2015: 27) und das Innere somit kontingent sei, folge daraus auch: „die hegemoniale Anordnung kann keine andere Quelle der Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen als die Machtbasis, auf der sie gegründet ist“ (ebenda). Es gebe keine „privilegierte ontologische Stelle“ (wie die Arbeiterklasse, oder ein König von ‚Gottes Gnaden‘), auf der die Legitimität von Macht begründet werden könne (ebenda), sie sei also stets politisch. Wie bei Foucault ist das Verhältnis von Macht²² und Diskurs komplex:

„Die Diskurse [...] sind ein für allemal der Macht unterworfen oder gegen sie gerichtet. Es handelt sich um ein komplexes und wechselhaftes Spiel, in dem der Diskurs gleichzeitig Machtinstrument und -effekt sein kann, aber auch Hindernis, Gegenlager, Widerstandspunkt und Ausgangspunkt für eine entgegengesetzte Strategie. Der Diskurs befördert und produziert Macht; er verstärkt sie, aber er unterminiert sie auch, er setzt sie aufs Spiel, macht sie zerbrechlich und unaufhaltsam“ (Foucault 1986: 122).

Eine vollständige Auflösung von Machtverhältnissen, eine vollständige Emanzipation und somit eine vollständige Realisierung von Demokratie ist nach Laclau/Mouffe nicht möglich, da Machtverhältnisse und Ausschlüsse für gesellschaftliche Beziehungen als konstitutiv angesehen werden (es gibt kein ‚wir‘ ohne ‚sie‘) (Laclau/Mouffe 2015: 24f.; Mouffe 1992). Dies widerspricht dem klassischen sozialistischen Verständnis, in dem „eine Gesellschaft umso demokratischer [ist], je weniger Macht für soziale Verhältnisse konstitutiv ist“ (Laclau/Mouffe 2015: 25). Sowohl bei Foucault als auch bei Laclau/Mouffe bleibt die Definition von Macht vage, bzw. Wandlungen unterworfen. Macht entsteht bei Laclau/Mouffe in Abgrenzungsprozessen, bzw. antagonistischen Verhältnissen, entsteht im Wechselspiel zwischen innen und außen, befeuert diese Prozesse aber gleichzeitig auch – Macht zeigt sich demnach stets in Verhältnissen. Auch wenn Identitäten als durch Machtverhältnisse konstituiert betrachtet werden, so wird ihnen – und damit zusammenhängend Subjekten – gleichzeitig durch dieses Wechselspiel Macht zugeschrieben. Sie agieren selbst machtvoll im Diskurs aber nie unabhängig vom Diskurs, d.h. nie unabhängig vom Machtgefüge. Ein Subjekt hat also keine Macht aus sich heraus. Macht ist dabei nicht per se negativ (z.B. über andere), sie kann auch (positiv) produktiv eingesetzt werden. Wo sich Macht in der Weise konzentriert, dass sie sich dauerhaft strukturell verhärtet und spontane Veränderungen verunmöglicht entsteht Herrschaft. Diese materialisiert sich bspw. in ökonomischen Verhältnissen, Geschlechterverhältnissen, von Rassismus geprägten Verhältnissen oder gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Die Macht der/des ‚Anderen‘ ist im herrschaftlichen Verhältnis minimiert.

22 Foucault definiert Macht dabei folgendermaßen: „die Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“ (Foucault 1986: 114).

Hegemonie

Wenn Identitäten durch Machtverhältnisse konstituiert werden, wenn die Objekte im Kern „etwas anderes als sich selbst“ – das konstitutive Außen – eingeschrieben haben, dann heißt das auch, dass das Sein keine reine Präsenz, keine Objektivität, sein kann, dass soziale Objektivitäten politisch durch Machthandlungen konstituiert sind und die Spuren ihrer Ausschlussprozesse enthalten. Dieses Zusammenfließen von Macht und Objektivität nennen Laclau/Mouffe Hegemonie (ebenda: 26f.). In dieser Verbindung von Diskurs- und Hegemonietheorie liegt Potenzial der Theorie für eine politische feministische Diskursanalyse, weil es dadurch möglich wird, die Bedingungen der Konstitution von Identitäten und Objektivitäten mit einer Analyse von Machtverhältnissen zu verbinden. Leider bleibt der Hegemoniebegriff in vielen feministischen Ansätzen, wie auch bei Judith Butler, verschwommen (Distelhorst 2007: 65). Bei Laclau/Mouffe, besonders aber bei Laclau, ist Hegemonie die zentrale Kategorie politischer Analyse (Laclau 2000: 140). In „New Reflections on The Revolution of Our Time“ (Laclau 1990) entwickelt Laclau die Hegemonietheorie weiter. Über die Kategorie der Hegemonie grenzen sich Laclau/Mouffe von anderen konstruktivistischen Theorien ab. Für sie stellt in Übereinstimmung mit anderen konstruktivistischen Theorien „die Kritik des Essentialismus zwar die notwendige theoretische Basis für eine politische Kritik“ (Mouffe 2001: 12) dar. Erst über die Hegemoniekonzeption konnte aber eine politische Auffassung erarbeitet werden, für die Machtverhältnisse, bzw. das Wesen der Macht, zentral sind (ebenda).

In ihrer Hegemonietheorie schließen Laclau/Mouffe an Gramsci (1991-2006) an, radikalieren diesen nach eigener Aussage jedoch (für eine genauere Abgrenzung zu Gramsci's Hegemonietheorie vgl. Laclau/Mouffe 2015: 173ff.). Sie grenzen sich vom ökonomischen Determinismus Gramscis (dem Gramsci letztlich verpflichtet blieb) ab, aber auch von Ansätzen, die die strategische Rolle von Akteur*innen für die Hegemoniebildung in den Mittelpunkt stellen. Weder sei das Subjekt vollkommen durch die Struktur bestimmt, noch begründe das Subjekt das Soziale allein (vgl. auch Bedall 2014: 49). Wenn Macht nicht als grundlegend, sondern als in diskursiven Prozessen also „dem Sozialen innerlich durch die entgegengesetzten Logiken von Äquivalenz und Differenz“ (Laclau/Mouffe 2015: 180) konstituiert betrachtet wird, kann die Hegemonietheorie nicht auf einer privilegierten Klasse oder einem dominanten Sektor aufbauen, „die oder der das Zentrum einer hegemonialen Formation bildet, da sich uns ein solches Zentrum definitionsgemäß immer entziehen wird“ (ebenda). Ebenso wenig kann aber von einer Gleichverteilung oder einer Auflösung der Macht ausgegangen werden, da dies für Machtkonzentration blind machen würde (ebenda).

Hegemonie definiert Laclau folgendermaßen: „In my work, I have defined ‘hegemony’ as the type of political relation by which a particularity assumes the representation of an (impossible) universality entirely incommensurable with it“ (Laclau 2000: 140). Hegemonie bezeichnet ein raum-zeitlich spezifisches politisches Verhältnis, in dem es einem partikularen Diskurs gelingt, eine temporäre Schließung zu verheißen, zum „dominanten Horizont sozialer Orientierung“ zu expandieren und somit eine spezifische Wirklichkeit zu naturalisieren. Damit verbunden ist die Marginalisierung alternativer Sichtweisen (Glasze/Mattisek 2009a: 159ff.).

Als Feld, auf dem sich Hegemonie bildet, wird das Feld der artikulatorischen Praxen betrachtet – denn wäre jede Bedeutung fixiert, wären feste Identitäten Teil eines geschlossenen Systems, gäbe es überhaupt keinen Raum für hegemoniale Praxis.

Hegemoniale Praxis setze also dort an, wo Elemente noch nicht zu Momenten umgewandelt seien (Laclau/Mouffe 2015: 171). Ihre Bedingungen seien „die Präsenz antagonistischer Kräfte“ sowie „die Instabilität der sie trennenden Grenzen“ (ebenda: 173). Im Umkehrschluss heißt dies, dass nach dieser Sichtweise keine hegemoniale Logik vollständig das Soziale als Totalität begründen kann, denn damit hätte sich nach dem Verständnis von Laclau/Mouffe die Hegemonie selbst eliminiert. Hegemonie benötigt demnach die Offenheit des Sozialen (ebenda: 180). Die „Logik der Hegemonie“ ist also auch die „Logik der Artikulation“ und bestimmt als solche sogar „die Identität der hegemonialen Subjekte“ selbst (ebenda: 120).

In diesem Sinne sind es nicht Akteur*innen, Subjekte, Gruppen oder Staaten die hegemonial werden. Sie können aber Hegemonie durch Artikulation produzieren oder bekämpfen und sich über die gemeinsame Artikulation spezifischer Bedeutungen zu Gruppen, bzw. zu Diskurskoalitionen zusammenschließen (Bedall 2014: 52). Welche Akteur*innen sich zusammenschließen, bzw. welche Differenzen „zentral und gegensätzlich [...] artikuliert werden“ (Glasze/Mattisek 2009a: 160) (Geschlecht, Klasse, Nationalität, etc.) stehe dabei nicht von vorne herein fest. Entsprechende Koalitionen werden immer wieder neu gebildet (ebenda). Diese stellen auch ein „Gefüge sozialer Kräfte“ dar, die unterschiedliche Wirkmächtigkeiten aufweisen (Bedall 2014: 48).

Mit ihrem Hegemoniebegriff gehen Laclau/Mouffe über Ansätze, die hauptsächlich auf Dekonstruktion fokussieren, hinaus – auch über Judith Butlers Ansatz, die zwar einen foucaultschen Zugang zu Machtverhältnissen hat, in ihrem Hegemoniebegriff aber vielleicht aufgrund des Fehlens eines marxistisch-gramscianischen Hintergrunds unscharf bleibt (Smith 1998: 225). Der Ansatz von Judith Butler ist zwar in der Dekonstruktion der Geschlechterdifferenz umfassender als der von Laclau/Mouffe, die feministische Debatten zu sex und gender nur am Rande thematisieren (ebenda), er bleibe aber nach Distelhorst (2007) im Raum der Unentscheidbarkeit stehen und es gelinge ihm nicht, politische Mechanismen zu entwickeln. Durch die bei Laclau/Mouffe umfassender ausgearbeitete Hegemonietheorie sei es dagegen „möglich, den Sprung von der butlerschen Dekonstruktion der Geschlechterdifferenz in die politische Theorie zu schaffen und ihr dadurch neue Wege zu öffnen“ (Distelhorst 2007: 69). In einer Diskussion via E-Mail²³ setzen sich Laclau und Butler mit „Gleichheiten und Differenzen“ auseinander und Butler äußert Zustimmung zu Laclaus Hegemonietheorie sowie deren politische Konsequenzen (Butler/Laclau 1998: 249). Butler hebt die Frage der Zeitlichkeit hervor und merkt an, dass diese durch die postmarxistische Wendung bei Laclau/Mouffe von einer „Auffassung, in der Kapital als soziale Verhältnisse auf relativ homologe Weise strukturierend verstanden wird, zu einer Sicht von Hegemonie, in der Machtverhältnisse Wiederholung, Kontingenz und Reartikulation unterworfen sind“ (Butler 1998b: 255), wieder

23 Trotz der Differenzen zielen Butlers und Laclau/Mouffes Werke in eine ähnliche Richtung und befruchten sich gegenseitig. Ernesto Laclau bezeichnet dies als „Konvergenz in offener Suche“ (Laclau 1998: 258): „Ich hoffe, daß der Austausch zwischen Judith Butler und mir als ein bescheidener Stimulus für andere dienen kann, an einer Unternehmung teilzunehmen und ihr beizutragen, deren Erfolg nur gesichert sein kann, wenn sie zu einer wirklich kollektiven wird“ (ebenda: 261).

in den Blick komme. Im Anschluss an Laclau/Mouffes Hegemonietheorie sieht sie das Potenzial für den Feminismus auch darin, zu erkennen, „daß „Patriarchat“ oder „Systeme“ maskuliner Herrschaft keine systemischen Totalitäten sind, die Frauen in Positionen der Unterdrückung halten müssen, sondern vielmehr hegemoniale Machtformen, die ihre eigene Zerbrechlichkeit genau in dieser Operation ihrer Wiederholbarkeit enthüllen“ (ebenda: 256).

2.6 RADIKALE DEMOKRATIE UND KRITIK

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft als Vision wird von Laclau/Mouffe nicht verworfen (auch wenn sie unerreichbar gilt), wird aber anders gedacht: Wenn die kontingenten Grundlagen von Hegemonie jederzeit sichtbar eingestanden und reflektiert werden, sich Institutionen also jederzeit für Veränderung öffnen, sei eine permanente Revolution der Institutionen möglich. Herrschaft entwickle sich, wenn diese Offenheit für Veränderung durch die Behauptung, ein politischer Zustand repräsentiere die Gesellschaft vollständig (also durch die Naturalisierung einer bestimmten Sichtweise), beendet werde und Ausschlüsse dadurch ignoriert und zementiert werden (Distelhorst 2007: 177). Wenn die Illusion, dass Macht aufgelöst werden könne, aufgegeben werde, sei die Hauptfrage radikaler demokratischer Politik nach Laclau/Mouffe, wie mit pluralistischen demokratischen Werten vereinbarte Identitäts- und Machtformen gebildet werden und gleichzeitig herrschende Machtverhältnisse transformiert werden können – in diesem Kontext entwickelte vor allem Chantal Mouffe das Konzept der radikalen Demokratie (Laclau/Mouffe 2015: 25). Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass es keine objektiven ewigen „Wahrheiten gibt, sei es [...] notwendig, den Dissens anzuerkennen“ (Glasze/Mattisek 2009a: 168). Wenn sowohl vollständige Äquivalenz als auch vollständige Differenz als unmöglich erkannt werden, dann könne nur die „Anerkennung der Vielfalt sozialer Logiken und der Notwendigkeit ihrer Artikulation“ (Laclau/Mouffe 2015: 29), also ein radikaler Pluralismus, demokratisch sein. Insofern könne auch keine demokratische Geschlechterpolitik Macht auflösen, aber sie könne „die Strukturierung der Geschlechterdifferenz als Herrschaftsverhältnis“ (Distelhorst 2007: 177) überwinden. Geschlechtshierarchisch verfasste Dichotomien wie öffentlich/privat, Kultur/Natur, etc. seien als Ergebnis hegemonialer Artikulation zu werten und ihre Grenzziehungen als von Machtverhältnissen abhängig. Zentraler Bestandteil ihrer Konzeption des Ökonomischen sei daher eine Subversion der Dichotomien öffentlich/privat, bürgerliche/politische Gesellschaft, die im Rahmen des neo-konservativen Diskurses den Bereich des Politischen beschränken (ebenda: 224). Dies würde letztlich dann auch zu einer Auflösung der Dichotomie Ökonomie/Gesellschaft, bzw. Ökonomie/Politik führen.

Mit der Zentralität von Machtverhältnissen in ihrer Vorstellung von radikaler Demokratie grenzen Laclau/Mouffe sich eindeutig von liberalen und einigen post-modernen Vorstellungen pluralistischer Demokratie ab, die für Machtverhältnisse und Ausschließungen blind sind. Im Gegensatz dazu wollen Laclau/Mouffe Unterordnungsformen, die auf Ausschluss beruhen, zerstören. Solche liberalen und post-modernen Vorstellungen von Demokratie beruhen auf der Abschaffung des Antagonismus (z.B. durch die Behauptung der Gleichheit aller) und damit einem scheinbaren Verschwinden des Politischen. Mit der zentralen Stellung von Antagonismus und